



Leseprobe aus Stadler, Mehr als Algorithmen, ISBN 978-3-7799-3994-8

© 2018 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3994-8>

Mehr als Algorithmen. Digitalisierung in Gesellschaft und Sozialer Arbeit

Zum Sonderband 2018

Ragnar Hoenig und Peter Kuleßa

Was ist Digitalisierung?

Es gibt kaum ein Thema, das derzeit so breit diskutiert wird wie das Thema Digitalisierung. Dabei zeigt sich: Bereits der Digitalisierungsbegriff ist mehrdeutig und wird in verschiedenen Zusammenhängen verwendet. Ausgehend von den oft antonym verwendeten Begriffen „analog“ und „digital“ meint Digitalisierung zunächst nur die Transformation von analogen zu digitalen Formaten. Die in diesem Sinne verstandene Digitalisierung erleben wir seit vielen Jahren als einen äußerst rasanten, ungebremst anhaltenden und weiter expandierenden technologischen Prozess: Computer statt Schreibmaschine, Handy statt Wählscheibe, E-Mail statt „Snail-Mail“, Audiodatei statt Kassette, E-Book statt Wälzer, E-Paper statt Druckerschwärze, Social Media statt Leserbrief, Video-on-demand statt TV. In allen Bereichen unseres Lebens hat dieser Prozess inzwischen Fuß gefasst und bringt bald täglich weitere Neuerungen hervor.

Mit diesem anhaltenden Prozess verändern sich unsere individuellen Lebensweisen ebenso wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Auch unsere Werteordnung unterliegt einem Wandel. So wurde etwa die Volkszählung von 1987 als erheblicher Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung gesehen und von massiven Protesten begleitet. Heute hingegen geben wir unsere Daten oft freiwillig und wohl wissend preis, dass wir uns damit von den Algorithmen großer Internetkonzerne abhängig machen. Der tiefgreifende Wandel, den wir ausgehend von den technologischen Innovationen in allen Bereichen des privaten, sozialen und öffentlichen Lebens einschließlich unserer Werteordnung erleben und der in Anlehnung an die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts als „Digitale Revolution“ bezeichnet wird, stellt mindestens eine weitere Bedeutungsebene des Wortes „Digitalisierung“ dar.

Soziale Arbeit als Brennglas der Digitalisierung

In der Sozialen Arbeit zeigen sich die Vielschichtigkeit und die Breite des Digitalisierungsdiskurses wie unter einem Brennglas. Die Digitalisierung verstanden als ein Pro-

zess technologischer Entwicklung hat in der Sozialen Arbeit genauso Einzug gehalten wie in anderen Bereichen. Beispielhaft für diese Ebene des Digitalisierungsdiskurses ist zunächst der viel bemühte, in der pflegerischen Praxis hierzulande allerdings bisher wenig eingesetzte „Pflegeroboter“. Ob als nützliche Helfer bei der Essensausgabe oder bei pflegerischen Tätigkeiten wie der Blutdruckmessung oder dem Umbetten – die Einsatzfelder für neue Technologien in der Pflege sind mannigfaltig und unerschöpflich. Der „Pflegeroboter“ als ein Beispiel der Digitalisierung zeigt, dass auch für den Einsatz in der Sozialen Arbeit gezielt neue Technologien entwickelt werden. Daneben geht es bei diesen bereichsspezifischen Prozessen ferner darum, wie nicht speziell für die Soziale Arbeit entwickelte Technologien angepasst und damit hier besser nutzbar gemacht werden können. Auch für diese Facette des Digitalisierungsdiskurses in der Sozialen Arbeit lassen sich zahlreiche Beispiele finden: sei es etwa die Diskussion um die Verwendung von WhatsApp in der Jugendhilfe, der pädagogische Einsatz von Tablets in Kitas und Schulen, die Rolle des Handys bei Flucht und Migration oder die verstärkte Nutzung des Internets für Beratungsangebote.

Die Digitalisierung verstanden als tiefgreifender Wandel in allen Bereichen des privaten, sozialen und öffentlichen Lebens nimmt ebenfalls einen großen Raum ein, wenn man den Digitalisierungsdiskurs in der Sozialen Arbeit näher betrachtet. Hier geht es weniger um Fragen der Technik als um ihre Auswirkungen auf die Menschen und die Gesellschaft. Diskutiert werden Fragen des Datenschutzes, wie zum Beispiel der Telematik im Gesundheitswesen; Fragen der Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel der ständigen Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft; und Fragen der sozialen Sicherung, wie zum Beispiel der sozialen Absicherung der „neuen Selbstständigen“. Neben diesen und anderen sozialpolitischen Themen bilden gesellschaftspolitische und ethische Fragen einen festen Bestandteil des Digitalisierungsdiskurses in der Sozialen Arbeit. Was bedeutet Digitalisierung im Hinblick auf soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft? Welche Folgen hat die Digitalisierung für unsere demokratische Grundordnung? Was kann und was muss Soziale Arbeit leisten, um auf diese Entwicklungen adäquat reagieren zu können? Auch für diese übergeordnete Ebene des Digitalisierungsdiskurses kann wieder beispielhaft auf den „Pflegeroboter“ Bezug genommen werden. Denn hier geht es längst nicht mehr nur darum, was neue Technologien leisten können und ob sie Arbeit erleichtern, personelle Ressourcen schonen und damit Kosten sparen können. Vielmehr geht es auch um ethische Fragen, nämlich ob und inwieweit wir die neuen Technologien in einem so sensiblen Bereich wie der Sozialen Arbeit überhaupt einsetzen wollen. Im Bereich der Sozialen Arbeit überlagern sich demnach viele verschiedene Ebenen des Digitalisierungsdiskurses, die in diesem Band aus verschiedenen Perspektiven diskutiert werden.

Digitalisierung ist kein Naturereignis

Wenn allenthalben über Digitalisierung gesprochen wird, entsteht zumeist der Eindruck, dass alles, was damit zusammenhängt, nicht zu verhindern ist. Mit Blick auf technologische Entwicklungen macht es Sinn, zweierlei zu bedenken: Sie folgen be-

stimmten Interessen und sind sicherlich kein Naturereignis, das über die Menschheit kommt und nicht zu steuern wäre. Entscheidend sind die Interessen, ob und inwieweit sich Entwicklungen durchsetzen oder auch nicht. Nach strenger wirtschaftlicher Logik ist alles sinnvoll, was Kosten spart, Produktionsprozesse optimiert und Gewinne ermöglicht. So ist es auch kein Wunder, wenn etwa Unternehmen wie Google mit Nachdruck Anwendungen entwickeln, die Menschen für Arbeitsprozesse irgendwann überflüssig machen (Stichwort: Künstliche Intelligenz). Das mag noch in weiter Ferne erscheinen; und es muss zugleich keine zwangsläufige Entwicklung sein, wenn diese Vorhaben politisch gesteuert werden und nicht ausschließlich durch ökonomische Interessen geleitet werden. Neben Kosten-Nutzen-Fragen spielen auch ethische eine große Rolle. Fragen, die nicht nach Effizienzkriterien, sondern gesellschaftspolitisch diskutiert und politisch entschieden werden sollten.

Haben technologische Entwicklungen die Menschen bereits fest im Griff oder sollen sie den Menschen im Griff haben? Ist die oft dahinterstehende ökonomische Logik so dominant, dass die sozialen Konsequenzen billigend in Kauf genommen werden? Inwieweit können und wollen politisch Verantwortliche die sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Folgen der Digitalisierung tatsächlich ernst nehmen und eben nicht alles um die Frage von Kupfer- oder Glasfaserkabeln diskutieren? Diese Fragen sind von Relevanz, um vor allem eines mit Blick auf die Folgen von Digitalisierung nicht aus den Augen zu verlieren: den Kampf gegen die wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft.

Wert der Arbeit

Mit dem technischen Fortschritt gerät der Mensch als Arbeitskraft immer neu unter Druck. Keineswegs nur deshalb, weil die Arbeitskraft überflüssig wird. Neueste digitale Technologien erlauben es immer mehr und immer besser, die Arbeitnehmer*innen zu kontrollieren. Zum Beispiel beim Versandriese Amazon: Sogenannte Picker sammeln die verschiedenen Produkte ein, die dann von sogenannten Packers eingepackt werden. Picker haben einen kleinen Scan-Computer in der Hand, der anzeigt, wo zu suchen ist. Per Software können zugleich die Verantwortlichen in Echtzeit überwachen, wie effizient „ihre“ Picker arbeiten. Sollte der Arbeitsrhythmus unregelmäßig werden, kann dies jederzeit angemahnt werden. Glaubt man ersten Berichten, so überrascht es nicht, wenn Amazon bereits prüft, wie Roboter die Picker-Tätigkeit in Zukunft übernehmen könnten (Nachtwey/Staab 2015); sie sind gleichbleibend belastbar und bringen somit stetigen Nutzen. Ähnliche Prinzipien sind auch bei den Lieferunternehmen für Essen wie Foodora oder Deliveroo auszumachen. Hier werden die Fahrer*innen über GPS quasi „verfolgt“, ob und wie schnell sie eine Lieferung ausfahren.

Diese Beispiele mögen von besonderer Härte sein. Sie zeigen zwei Sachen: Digitale Techniken ermöglichen eine Leistungskontrolle, die die Arbeitnehmer*innen in Zugzwang bringen. Zugleich gibt es aber immer auch genügend Menschen, die diese Ar-

beit aus ökonomischen Gründen annehmen müssen und den Druck entsprechend in Kauf nehmen.

Die Nutzung neuester Technologien zur Effektivierung von Arbeitsprozessen ist keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der gegenwärtigen Digitalisierungsphase. Inwieweit diese jedoch nicht sich selbst und den ökonomischen Interessen überlassen bleiben, ist maßgeblich abhängig vom Steuerungswillen politisch Verantwortlicher und einer vitalen Öffentlichkeit. Eines sollte man nie vergessen: Es ist für Menschen, die ihre Erwerbsarbeit verlieren, ökonomisch und psychisch häufig nicht einfach, diese Situation zu meistern. Erwerbsarbeit hat immer noch eine enorme Bedeutung für die Identität und das Selbstbewusstsein der Menschen. Und wenn die Arbeitsplätze schon nicht wegfallen, sollten sie zumindest hohen Standards in Sachen Arbeitsschutz, Arbeitsrecht und Sozialverträglichkeit (gute Löhne) entsprechen.

Bildung hilft

Die Freude ist zumeist groß, wenn Unternehmen Bildungseinrichtungen Hard- und Software zur Verfügung stellen und ihre Mitarbeiter*innen beim Umgang damit etwa Lehrer*innen und Schüler*innen helfen. Zwei Fragen stellen sich jedoch: Ist dieses Engagement tatsächlich uneigennützig oder sind es bereits Rekrutierungen für die Klientel von morgen? Wenn dem so ist, ist es einen Vorwurf kaum wert, da es einer streng ökonomischen Logik entspricht. Bedeutsamer ist in diesem Zusammenhang eher die zweite Frage, warum Bildungseinrichtungen überhaupt auf diese Unterstützung angewiesen sind. Viel zu oft sind Länder und Kommunen in Deutschland finanziell schlecht aufgestellt, sodass sie ihren eigentlichen Bildungsaufgaben nicht mehr nachkommen können – sei es der Mangel an Fachkräften und die Ausstattung in Kitas, Schulen oder Universitäten oder der bedenkliche Zustand von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese Entwicklung steht im Kontext einer Entwicklung der letzten Jahrzehnte, wonach Sparen beinahe zum Fetisch wurde, „schlanke“ Unternehmen und eben auch staatliche wie gemeinnützige Institutionen als das Nonplusultra galten (und immer noch gelten). Es wurde – oft politisch gewollt – eine Vermarktlichung öffentlicher Güter wie Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser befördert, die bis heute nur schwer wieder den Maßgaben von Kosten und Nutzen entzogen werden können. Anders gesagt: Der Staat hat vielerorts Optionen in seinen ursprünglichen Handlungsfeldern eingebüßt. Dies ist nicht zuletzt in Fragen von Bildung bedenklich; bedenklich auch mit Blick auf Fragen von Zugang zu Bildung. Technologische Entwicklungen bedürfen einer pädagogischen Begleitung in den Bildungseinrichtungen, die für alle zugänglich sein muss. Digitale Teilhabe darf nicht am Zugang zu Bildung, mangelnder Bildung oder einem klammen Geldbeutel scheitern. Es muss gewährleistet sein, dass alle Menschen den gleichen Zugang zur digitalen Welt erhalten. Dies bedarf finanzieller Aufwendungen, die sich ein Staat aber leisten muss: als Investition in die Zukunft am Arbeitsmarkt und zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten.

In Bereichen der Sozialen Arbeit sind die Folgen von Digitalisierung bedingt spürbar. Zumeist ist dies in Bereichen wie der Verwaltung der Fall. Der sagenumwobene Pflegeroboter dominiert jedoch keineswegs die Pflegeheime und Seniorenzentren; und ob es je so sein wird, bleibt abzuwarten. Empathie und menschliche Fürsorge sind hier – oder in den Kindertageseinrichtungen oder bei Kuren – immer noch analog und von sehr großer Bedeutung. Der Soziologe Oskar Negt bringt es im Interview in diesem Band wie folgt auf den Punkt: „Wünschenswertes Ziel im Zuge der technologischen Entwicklung ist es sicher nicht, dass der künstliche Mensch die Zukunft ist. Das sind ohnmächtige Versuche, hier etwas vorzugeben. Ich bin überzeugt: Nach wie vor gilt der humanistische Ansatz, wonach die Menschen in einer befreiten, auch durch Selbstbefreiung bestimmten Gesellschaft leben wollen. Und vor diesem Hintergrund müssen wir sehen, was gelernt werden sollte und dass man dafür ein möglichst intaktes Gemeinwesen benötigt. Das ist so alt wie Plato.“

Literatur

Nachtwey, O./Staab, P. 2015: Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus. In: Mittelweg 36, 24. Jg., H. 6, 59–84.

Ragnar Hoenig

ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim AWO Bundesverband und Mitglied der TUP-Redaktion.

Peter Kuleßa

ist verantwortlicher Redakteur der TUP.

E-Mail: tup@awo.org

Es brodelt

Interview mit Oskar Negt

Kaum jemand kennt sich mit den Folgen von Ökonomisierung und Technisierung des Alltags für die Menschen so gut aus wie der Soziologe und Sozialphilosoph Oskar Negt. Im TUP-Interview ist er aufgrund des ökonomischen Drucks auf zahlreiche Lebensbereiche einerseits nachdenklich gestimmt. Andererseits erkennt er Protestenergien, die sich dem widersetzen können. Negt plädiert dafür, den Menschen die Bedeutung eines funktionierenden Gemeinwesens wieder klarer vor Augen zu führen – in Kitas, Schulen, Universitäten und im öffentlichen Diskurs.

TUP: Herr Professor Negt, in Ihrem Buch „Arbeit und Würde“ weisen Sie an einer Stelle auf eine Passage von Karl Marx hin, in der dieser von der „reellen Subsumption der Menschen unter das Kapital“ spricht, diese aber seinerzeit und perspektivisch für unmöglich hielt. Sie weisen diesem Hinweis von Marx für die Analyse der Gegenwart eine große Bedeutung zu. Was genau ist die „reelle Subsumption“? Und was spricht dafür, dass dies als Beschreibung für die Gegenwart taugt?

Negt: Meine Generation denkt natürlich gerne in Kategorien, wenn wir bestimmte Verhältnisse erklären wollen. „Reelle Subsumption unter das Kapital“ bedeutet, dass nicht mehr nur die äußeren Bedingungen, unter die der Mensch geworfen ist, zentral sind, sondern dass das Kapital die innere Verfasstheit der Subjekte erreicht hat. Sprich: Es berührt den Subjektanteil. Der Lebenszusammenhang ist erfasst. Und genau das ist heute der Fall: Die Menschen haben Anteile an diesem fatalen System in sich. Es ist aber nicht nur die Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens. Es ist vielmehr die Umorientierung jener Normen, an denen ich mein Verhalten und Denken orientiere. Es verändert sich etwa die Vorstellung von Werten, die mit Ökonomisierung gar nichts zu tun haben, aber plötzlich davon berührt werden. Zugleich sind immer wieder Protest und Gegenbewegungen erkennbar.

Für Immanuel Kant war Würde etwas, was nicht tauschbar ist. Würde hat keinen Preis, so Kant. Es gibt Menschen, die sich weigern, ganz in den Normenzusammenhang der ökonomischen Entwicklung einbezogen zu werden. Daher würde ich nicht sagen, dass die Protestenergien quantitativ geringer geworden sind. Aber sie sind anders. Sie sind nicht auf konstituierte Gegenbewegungen wie die Arbeiterbewegung oder die Gewerkschaften bezogen. Diese Dinge sind nicht mehr Träger einer solchen Bewegung. Es existiert keine Ruhe. Das System brodelt. Unruhe, die jederzeit explodieren kann.

Warum?

Ein zentrales Problem unserer Zeit besteht darin, dass es drei große Entwertungen in der fortgeschrittenen Gesellschaft gibt: die Entwertung von Erfahrung, die Entwertung von Erinnerung und vor allen Dingen die Entwertung von Bindungen. Der Kapitalismus ist ja nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern beruht auch darauf, dass möglichst wenig haltbare Bindungen der Menschen entstehen. Vor allem deshalb, weil Warenproduktion als totalisierte Form nicht möglich ist. Diese drei großen Entwertungen führen natürlich dazu, dass ganz andere Energien entstehen.

Ich selbst mache ja keine empirischen Untersuchungen. Aber wo immer ich auftrete, habe ich das Gefühl, dass sehr viele Menschen aufmerksam zuhören und viele Dinge sich als Protest organisieren. Nicht nur individuell, sondern auch in kollektiveren Formen.

Würden Sie also davon sprechen, dass zu bestimmten Themen, die den Leuten unter den Nägeln brennen, auch Protestpotenzial existiert?

Ja. Protestpotenzial bis zu dem Punkt der Empörung über Ungerechtigkeit und deren Folgen. Aber die Situation ist nicht einfacher geworden; das muss man schon zugeben. Ich neige dazu, dass die Gewerkschaften miteinbezogen werden sollten; doch auch deren Einfluss mit Blick auf die Emanzipation von ökonomischen Zwängen und den Umständen ist mäßig.

Mit Blick auf ihre Mitglieder mögen die Gewerkschaften ja eventuell erfolgreiche Arbeit leisten. Aber als gesellschaftlicher Interventionsfaktor für Fragen von Weiterentwicklung des Sozialstaates oder Fragen von demokratischer Teilhabe werden sie weniger wahrgenommen oder fallen gar aus. Woran liegt das?

Jedenfalls werden die drei Mandatserweiterungen, die ich für die Zukunftstauglichkeit von Gewerkschaften vorgeschlagen habe – das Interessenmandat, das kulturelle Mandat und das politische Mandat –, nicht wahrgenommen. Wenn die Gewerkschaften reduziert werden sollten auf eine Art linker ADAC, würden sie ihre historische Substanz verlieren und damit eigentlich auch überflüssig werden.

Was sind die Gründe für die Verluste etwa der kulturellen und politischen Wirksamkeit?

Eine Rolle spielt der Zusammenbruch eines von uns nicht als Sozialismus betrachteten Alternativsystems. Das heißt also, der Zusammenbruch dessen, was Sozialismus und Kommunismus war, spielt eine depressive Rolle in der Wahrnehmung der Welt für die Linke. Für die Linke war es so, dass sie durch die Teilung der Welt eine Art Abgrenzungsrealität hatte. Man konnte sagen: Das ist nicht der Sozialismus, den wir wollen. Diese Art der Abgrenzungsrealität verschwindet.

Wie konnte sich eigentlich die inzwischen so wirkmächtige Denkweise von Ökonomisierung durchsetzen?

Das ist schwer zu sagen.

Man sagt ja immer, dass die Zeit ab Mitte der 1980er-Jahre unter Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA ein Steinbruch war ...

... das spielt sicherlich eine zentrale Rolle. Ebenso die Schröder-Reformen 2003. Gemein sind ihnen allen, dass der Abbau von Begrenzungen und Grenzen befördert wurde. Vieles wird seitdem einfach dem Gesetz der Warenproduktion überantwortet. Stück für Stück wurde so die Steuerung gesellschaftlicher Verhältnisse unmöglicher. Ich glaube, dass der Verlust der Steuerung bis hin in die Flüchtlingsfrage geht. Das heißt, es besteht die Ohnmacht gegenüber einem System, das sich aus sich selbst heraus die Macht verschafft, die es benötigt, um erfolgreich existieren zu können.

Der Sozialismus ist am Ende. Die Alternativen sind nicht mehr sichtbar. Die zentrale Frage lautet daher nun: Wie gestaltet man den entgrenzten Kapitalismus aus, um diesen wieder zu begrenzen?

Alles mit Konsequenzen für die Frage der Bedeutung von Arbeit. Grundsätzlich gefragt: Was ist Arbeit und welche Bedeutung hat sie in den letzten Jahrhunderten für die Menschen bekommen? Wie konnte es zum gegenwärtigen Verständnis von Erwerbsarbeit als Stifterin von Identifikation und Anerkennung kommen?

Nach wie vor ist Erwerbsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Ich-Konstruktion der Menschen, des Selbstbewusstseins, der Selbstwürdigung. Es wird aber immer schwieriger – auch in Mittelschichten –, aus dieser fragmentierten Berufsperspektive so etwas aufzubauen wie ein Fundament für eine Identitätsbildung, die für die Individuen ausreicht. Zumal die technologische Entwicklung, die Digitalisierung der Welt, ein Ausmaß angenommen hat, das niemand voraussehen konnte. Die damit verbundene Entwertung von traditionellen Berufsstrukturen hat wiederum dazu geführt, dass Identitätsbildungszentren verschwinden.

Nehmen Sie noch einmal die Flexibilisierung. Flexibilisierung war ja ein Freiheitsversprechen. Die freie Beweglichkeit des Menschen lässt sich aber nur bis zu einem bestimmten Punkt mit Identitätsbildung vereinbaren. Mit Blick auf die Lebensperspektiven wird es für die Menschen immer schwieriger, sich an verschiedenen Orten festzusetzen; vielfach haben die Menschen eigentlich keinen verwurzelten Halt mehr. Sie werden aus ökonomischen Gründen herumgestoßen. Ein Betrieb in Leipzig hat vor ein paar Monaten verkündet, dass bald 700 Leute entlassen werden müssen. Das Ganze erregt gar kein Aufsehen mehr. Dabei wird hier mit den Menschen gespielt. Diese Form der Entwürdigung des menschlichen Daseins nimmt ganz andere Formen an als etwa vor zwanzig Jahren, als im Hintergrund noch eine konstituierte Arbeiterbewegung stand, die das Ganze fest im Blick hatte.

*Diese Entwicklung wurde ja flankiert vom „Schlankmachen“ des Sozialstaats durch verantwortliche Politiker*innen. Wie konnte es so weit kommen?*

Hegel sagt zwar, was sie lernen, besteht nur darin, dass sie nichts lernen. Das glaube ich nicht. Ein großer Lernprozess ist nach dem Dreißigjährigen Krieg auszumachen. Es wurde versucht, bestimmte Rechtsformen zu entwickeln, die es ermöglichen, wenigstens konstituierte Kriege zu ermöglichen; nicht nur das gegenseitige dauernde Morden. Der Lernprozess nach 1945 bestand darin, dass der Sozialstaat als wichtigster Bestandteil des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs und des ökonomischen Systems angenommen wurde. Der Sozialstaat ist nicht nur eine Sache für die Bedürf-

tigen. Er wurde zum Gerüst. Denn nur die Menschen, die keine Angst haben, verteidigen die Demokratie. Der angstfreie Mensch ist der eigentliche Träger. Und jetzt entwickelt sich immer stärker der Angstrohstoff in der Gesellschaft. Von „Rohstoff“ spreche ich deshalb, weil das ein verwertbares Potenzial ist. Die politische Rechte verwertet es destruktiv; die politische Linke könnte es konstruktiv verwerten.

Die Idee des Sozialstaats ist tief verankert bei den Menschen. In entsprechenden Umfragen sind mindestens zwei Drittel bis drei Viertel der Menschen der Meinung, dass staatliche Absicherung wichtig ist. Es wird aber seit mindestens zwanzig Jahren das Gegenteil in der Politik gemacht. Dieses Auseinanderklaffen von Wahrnehmung der Realitäten, wie entsteht so etwas? Haben Sie eine Idee?

Nein, ich habe keine Idee. Nur: Die Ursachenbedingungen haben eine lange Geschichte. Die Entwertung des Gemeinwesens, der Gemeinwesenvorstellung, spielt dabei eine wichtige Rolle. Über ein Jahrhundert können wir eine Entwertung der Bedeutung von Gemeinwesenarbeit feststellen. Diese Gemeinwesenarbeit wiederum ist natürlich wichtig für die Konstituierung von Gegenbewegung. Denn: Wenn die Subjekte allmählich den Gemeinwesenbezug verlieren, nimmt die Orientierungslosigkeit weiter zu. Der Orientierungsnotstand wächst. Ich will das nicht nur subjektiv fassen. Es ist aber notwendig, darauf hinzuweisen. Das gegenwärtige Freiheitsversprechen ist bezogen auf die Entfaltung der kreativen Kräfte, unabhängig von Staat und Gesellschaft. Und das ist eine Grundtäuschung, der die Menschen erlegen sind, die sie zugleich aber auch bindet.

Sie sprechen sinngemäß davon, dass Demokratie immer wieder erlernt werden muss. Wer ist in einem demokratischen Gemeinwesen besonders gefordert, damit dieses stetige Erlernen stattfinden kann? Wo sollten diese Lernorte sein?

Das ist nicht genau zu bestimmen. Traditionelle Lernorte sind natürlich die Kitas, die Schulen. Ich habe immer wieder den Versuch unternommen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die Bewegung, die etwas zu tun hat mit der Schule, zu fördern. Ich glaube, es gibt kein verlässliches Subjekt, auf das man setzen könnte, damit die Verhältnisse sich ändern. Wichtig ist eine Entwicklung, die die normativen Annahmen, unter denen Lernen steht – also Gemeinwesensförderung –, verbreitet werden.

Nehmen wir die Universitäten als Lernorte dazu. Sind nicht auch sie nach Bologna zu „Durchlauferhitzern der Lernens“ degradiert und letztlich kontraproduktiv für das, was Sie beschrieben haben?

Ja, das sind sie leider absolut. Der zweite Band meiner Biografie ist ein großer Protest gegen diese Verwertungsgeschwindigkeiten, die dazu dienen, fragmentiertes Wissen nebeneinanderzustellen und Zusammenhänge eben nicht mehr sichtbar zu machen. Ich plädiere also für die Großvorlesung. Aber wissen Sie, ich mache mir da keine Illusionen. Zwar heißt es bei Hegel: Erfahre immer stärker, dass die geistige Arbeit mehr bewirkt als die körperliche, die andere Arbeit. Wenn erst die Welt des Geistes revolutioniert ist, hält die Wirklichkeit nicht stand. Ja, wenn sie denn revolutioniert ist! Zugleich glaube ich wiederum, dass der depressive Blick auf die Verhältnisse diese nur

verschlimmert. Man muss vielmehr – in Anlehnung an Antonio Gramsci – versuchen, auf der Grundlage einer Art anthroposophischen Optimismus die Ansätze zu finden, mit denen man die Humanität zum Tragen bringt. Ich selbst konnte nie akzeptieren, dass es ausweglose Situationen gibt. Vielleicht hat das auch etwas mit meinem Flüchtlingsdasein zu tun; mit dem Überleben. Immer wieder auf die notwendigen Bewusstseinsbildungsprozesse hinzuweisen, das ist sehr wichtig.

Noch einmal zu der Frage von Technologisierung und Digitalisierung: Es wäre naiv zu sagen: Es ist alles schlecht, was mit diesen Entwicklungen einhergeht. Was ist daher notwendig, um die technologischen Entwicklungen und Folgen der Digitalisierung lenken zu können, damit sie sinnvoll eingesetzt werden können?

Wir berühren mit diesem Thema die Frage von Nähe und Distanz; das Ausbalancieren der Alltagserfahrungen von Menschen. In diesem Zusammenhang kann Digitalisierung eine Rolle spielen. Aber ein Mensch bildet seine Identität nicht digital. Die menschliche Wärme und die Beziehungen in einer Kita oder in einer Schule zu erfahren, kollektiv zu lernen, wie man mit anderen Menschen umgeht oder wie Aggressionen abgebaut werden können, das lernen Sie nur im direkten Kontakt mit anderen Menschen. Die Rückkehr zu der Alltagsform der Erziehung, der Bildung, des Umgangs mit Nachbarn ist ein ganz wichtiger Punkt. Man kann die digitalisierten Formen der Kommunikation dazu nutzen oder auch nicht.

Ich glaube, wir sollten unbedingt verhindern, dass eine fatale geschichtliche Situation entsteht, wonach die Menschen zwar mehr und mehr kollektive Wertschöpfung praktizieren können, diese in ihren Wertschöpfungsergebnissen aber gar nicht mehr richtig kontrollierbar ist. Mich wundert immer wieder, wie viele Milliarden ein Konzern wie VW verfügbar hat, um Gerichtsprozesskosten zu bezahlen. Das heißt, die Wertschöpfung entzieht sich immer stärker der Öffentlichkeit. Doch wenn das der Fall ist, muss auch die Verteilungsgerechtigkeit ein zentraler Punkt des Kampfes gegen diese Form der Entmündigung der Menschen sein.

50 Jahre 1968 und die Folgen werden dieses Jahr allenthalben diskutiert. Salopp gesagt wurden damals in vielen Bereichen die Fenster geöffnet und ordentlich durchgelüftet, damit sich der kleinbürgerliche, gesellschaftliche Nachkriegsmief verzieht. Sehen Sie gegenwärtig Tendenzen, wonach in das gesellschaftliche Miteinander wieder eine miefige Grundierung kommt, bis hin zum Erstarken rechter und rechtsextremer politischer Kräfte?

Ja. Ich glaube, dass politisch eine Rückentwicklung erkennbar ist. Diese wird allerdings nicht bruchlos passieren, weil die Antworten, die die AfD-Leute für die gegenwärtige Krisensituation haben, nicht überzeugend sind. Wir haben es aber mit einer konservativen Wendung zu tun, die sich auch in geistigen Bereichen abzeichnet. Dies hat damit zu tun, dass man die Orientierungsnot beseitigen will. Irgendwie ist ein Konservatismus eigener Art entstanden, der sagt: Ich bin natürlich nicht mit der Fremdenfeindlichkeit einverstanden, aber die Flüchtlinge etwa sollen einfach wegbleiben.